



EU-Einwanderung im „Ländle“

Daten und Einblicke
aus Baden-Württemberg

Jennifer Mazur

Polnischer
Sozialrat

Baden-Württemberg gehört zu den einwanderungsreichsten Bundesländern Deutschlands – trotzdem ist EU-Einwanderung selten Gegenstand öffentlichen Diskurses. Diese Broschüre zeigt, wie EU-Einwanderung Baden-Württemberg prägt und welche Herausforderungen und Entwicklungspotenziale bestehen.

Zentrale Erkenntnisse

- EU-Bürger*innen leisten einen wesentlichen Beitrag zum Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg, sind jedoch überdurchschnittlich von **Arbeitslosigkeit sowie prekären Beschäftigungsverhältnissen** betroffen. Dies deutet darauf hin, dass vorhandene Qualifikationen womöglich nicht voll ausgeschöpft werden.
- Osteuropäische und südosteuropäische **Staatsangehörige machen einen wesentlichen Teil der EU-Ausländer*innen** in Baden-Württemberg aus und sind zugleich **in besonderem Maße von Barrieren auf dem Arbeitsmarkt betroffen**.
- Die formale Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt reicht nicht aus, um tatsächliche Chancengleichheit zu gewährleisten. **Sprachbarrieren, fehlende Anerkennung von Abschlüssen, eingeschränkter Zugang zu Beratung und Diskriminierungsrisiken** wirken als strukturelle Hürden.
- Besonders relevant werden diese Barrieren im Kontext von **Saisonarbeit, Zeitarbeit** und bei der Betrachtung von **Grenzpendler*innen**.
- **Grenzpendelbewegungen zeigen einen Attraktivitätsnachteil Baden-Württembergs** gegenüber Nachbarländern wie der Schweiz. Bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne führen dazu, dass qualifizierte Arbeitskräfte abwandern.
- Auch außerhalb des Arbeitsmarktes bestehen **strukturelle Barrieren**, insbesondere beim **Zugang zu Wohnraum** und im **Gesundheitssystem**.

Die folgenden Kapitel erläutern diese Befunde im Detail und enthalten die jeweiligen Quellenangaben.

Zur Datengrundlage und dem analytischen Vorgehen

Unsere Analyse zeigt: **Die Datenlage zu EU-Migrant*innen in Baden-Württemberg ist bislang lückenhaft.**

Um dennoch ein möglichst umfassendes Bild zu zeichnen, haben wir systematisch Studien, Erhebungen und Artikel aus unterschiedlichen Jahren ausgewählt und zusammengeführt. Das jeweilige Veröffentlichungsjahr ist transparent in den Quellen ausgewiesen.

Nicht zu allen relevanten Themenfeldern liegen derzeit belastbare Daten vor, etwa zur Wahlbeteiligung von EU-Bürger*innen in Baden-Württemberg. Gerade das unterstreicht den weiteren Forschungs- und Handlungsbedarf. Zu einigen Themen liegen lediglich Daten zu Einwanderer*innen allgemein vor. **Die fehlende EU-Differenzierung in zentralen politischen Feldern ist selbst ein Befund und verweist auf datenpolitische Blindstellen.**

Trotz begrenzter Datenlage bietet die Analyse wertvolle Einblicke: Sie zeigt, wie EU-Einwanderer*innen in Baden-Württemberg leben und arbeiten, und macht deutlich, in welchen Bereichen strukturelle Barrieren bestehen. Damit schafft sie eine fundierte Grundlage für Austausch, politische Gestaltung und gezielte Maßnahmen.

Begriffsklärung und verwendete Kategorien

- **EU-Bürger*innen:** EU-Bürger*innen sind Personen mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union. Ihre Rechte ergeben sich aus der Unionsbürgerschaft gemäß Art. 20 AEUV und umfassen u. a. Freizügigkeit, Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt sowie soziale und politische Teilhaberechte.
- **EU-Ausländer*innen:** Als EU-Ausländer*innen werden in amtlichen Statistiken Personen mit einer EU-Staatsangehörigkeit bezeichnet, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Diese Kategorie wird insbesondere in Bevölkerungs-, Beschäftigungs- und Meldestatistiken verwendet.
- **Personen mit Einwanderungsgeschichte:** Der Begriff bezeichnet Personen, die selbst oder deren Eltern nach Deutschland eingewandert sind, unabhängig von der aktuellen Staatsangehörigkeit. Diese Kategorie wird vor allem im Mikrozensus genutzt und umfasst auch eingebürgerte EU-Bürger*innen.
- **Grenzpendler*innen (Grenzgänger*innen):** Grenzpendler*innen sind Personen, die in einem EU-Mitgliedstaat wohnen und in einem anderen Mitgliedstaat arbeiten und regelmäßig – in der Regel täglich oder mindestens einmal wöchentlich – an ihren Wohnort zurückkehren. Der Begriff stammt aus dem europäischen Sozialversicherungsrecht.

Hinweis zur Begriffsnutzung

Je nach Quelle beziehen sich die in dieser Broschüre verwendeten Daten auf unterschiedliche Kategorien (EU-Bürger*innen, EU-Ausländer*innen oder Personen mit Einwanderungsgeschichte). Diese Kategorien sind nicht deckungsgleich und werden im Text jeweils kenntlich gemacht.

EU-Einwanderung in Baden-Württemberg

1 Statistisches Bundesamt (Destatis) (19. Mai 2025).

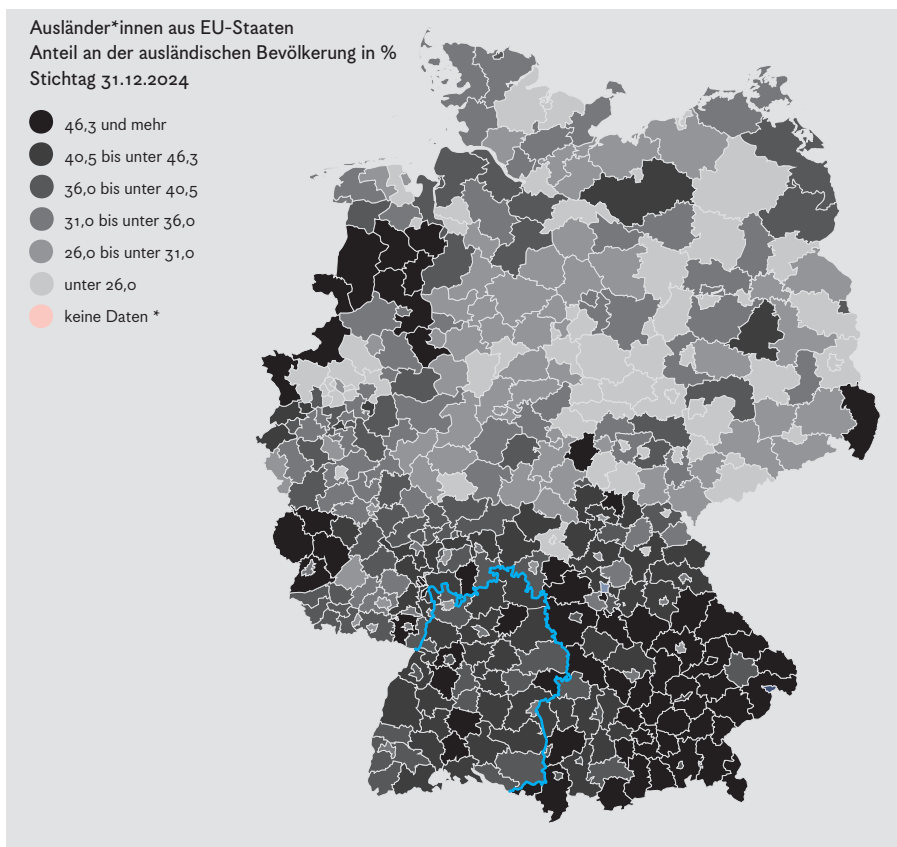
2 Statistisches Bundesamt (Destatis), BA (Bundesagentur für Arbeit), BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) (k. A.).

3 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (07. Mai 2025).

Einwanderung ist im Süden Deutschlands besonders ausgeprägt. Baden-Württemberg weist die **dritthöchste ausländische Bevölkerungszahl unter den deutschen Bundesländern auf**. Ca. **31% der baden-württembergischen Gesamtbevölkerung hat Einwanderungsgeschichte**; damit liegt Baden-Württemberg **bundesweit an zweiter Stelle**. Ca. **34% der Bevölkerung mit Einwanderungsgeschichte in Baden-Württemberg stammt aus EU-Ländern**.¹ Aufgrund des EU-Freizügigkeitgesetzes können EU-Bürger*innen ohne Visum nach Deutschland einreisen und sich hier niederlassen. Anlass, auf den folgenden Seiten die Situation von EU-Einwanderer*innen in Baden-Württemberg zu analysieren.

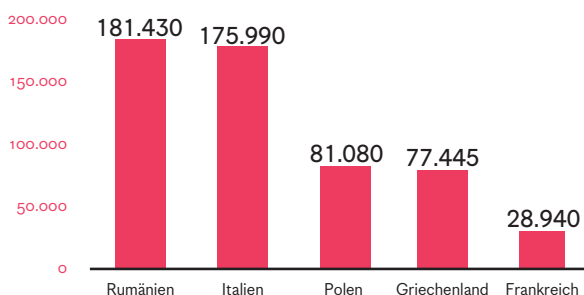
01

Verteilung von EU-Ausländer*innen in Deutschland im Jahr 2024²



02

Fünf größte Ausländer*innengruppen aus EU-Staaten in BW im Jahr 2024³



Besonders viele EU-Ausländer*innen in Baden-Württemberg stammen aus Rumänien und Italien. Ca. halb so viele kommen aus Polen und Griechenland. Danach kommt mit großem Abstand Frankreich³, das die längste Grenze mit Baden-Württemberg hat.

Mehr Zuzüge als Fortzüge: EU-Wanderung in Baden-Württemberg

4 Weber, J. (2025).

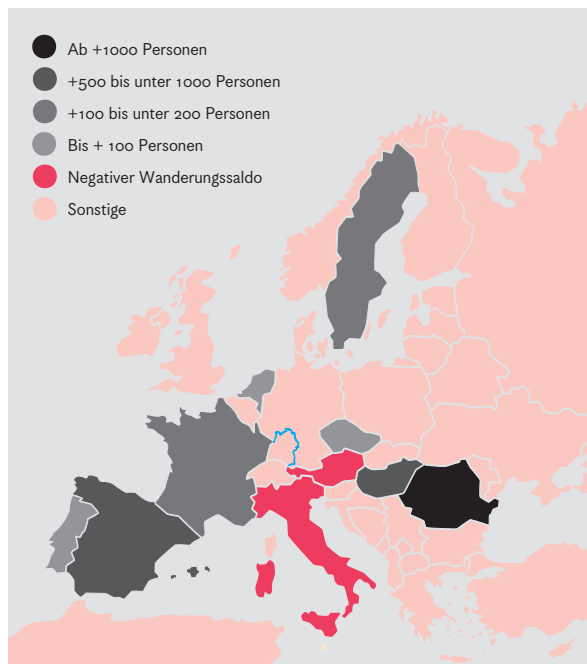
5 ebd.

6 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2025).

Insgesamt entscheiden sich **mehr nicht-deutsche EU-Bürger*innen dafür, nach Baden-Württemberg zu ziehen**, als aus dem Bundesland auszuwandern. Das Gesamtsaldo liegt bei einem Plus von 2.185,5 Dies verdeutlicht die **Relevanz des Themas EU-Migration** für das Bundesland.

03

Saldo der Zuzüge sowie Fortzüge von EU-Ausländer*innen nach bzw. aus Baden-Württemberg, zehn deutschlandweit häufigste Staatsangehörigkeiten, 2024⁴

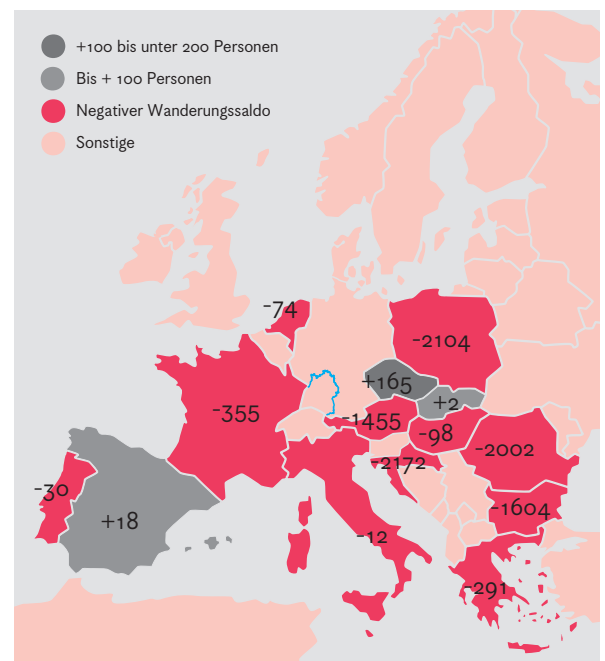


Da keine detaillierte Aufschlüsselung der unter „Sonstige“ zusammengefassten Daten vorliegt, bietet ein Blick auf den gesamten Wanderungssaldo – einschließlich deutscher EU-Bürger*innen und Drittstaatsangehöriger – zusätzliche Einblicke. Dabei zeigt sich, dass **Fortzüge besonders häufig in südost- und osteuropäische EU-Staaten erfolgen**.⁶ Es bleibt fraglich, aus welcher Personengruppe diese Fortzüge stammen.

Eine differenzierte Betrachtung dieser Wanderungsbewegungen eröffnet relevante Perspektiven für künftige Forschung: Wie verteilen sich die Fortzüge auf deutsche und nicht-deutsche EU-Bürger*innen, und welche Motive stehen hinter diesen Entscheidungen?

04

Saldo der Zuzüge aus sowie Fortzüge insgesamt aus/in jeweilige/n EU-Staat/en, 2024⁵



Besonders auffällig sind die oben genannten Zahlen in Hinblick auf Rumänien. Baden-Württemberg gewinnt deutlich mehr rumänische EU-Bürger*innen hinzu, als es verliert. Gleichzeitig zeigt die Gesamtbetrachtung aller Wanderungsbewegungen, dass Rumänien für viele Menschen aus Baden-Württemberg – darunter auch deutsche Staatsangehörige und Drittstaatsangehörige – ein attraktives Zielland ist.



Die Daten verdeutlichen die Vielschichtigkeit europäischer Wanderungsbewegungen, lassen jedoch aufgrund begrenzter Aufschlüsselung keine eindeutigen Aussagen zu individuellen Motiven oder möglichen Hemmnissen zu.

Zwischen Potenzial und Barrieren: EU-Einwanderer*innen & der Arbeitsmarkt

7 Bundesagentur für Arbeit Statistik (Juni 2025).

8 ebd.

9 ebd.

10 Bundesagentur für Arbeit Statistik (November 2025).

In Baden-Württemberg arbeiten ca. 475.000 nicht-deutsche EU-Staatsangehörige sozialversicherungspflichtig. Über die Hälfte stammt aus Ländern der EU-Erweiterung 2004, also Mittel-, Ost- und Südosteuropa.⁷

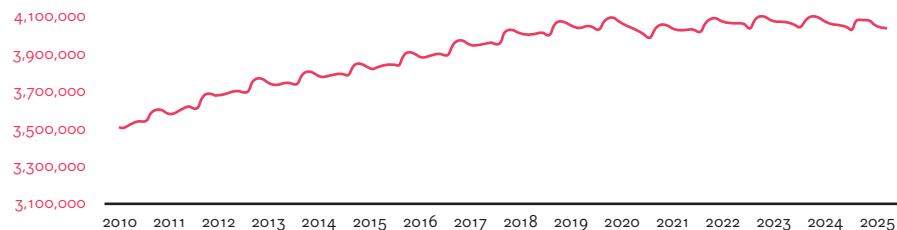
Verlaufskurve Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte⁸

Dargestellt sind sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Staatsangehörigkeit.

1. Staatsangehörigkeit Deutsch

05

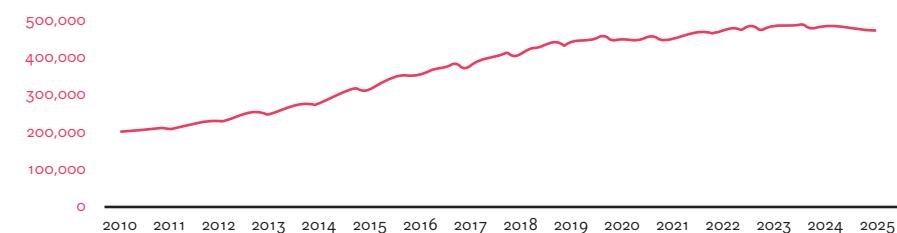
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB)



2. Staatsangehörigkeit eines EU-Staates (außer Deutschland)

06

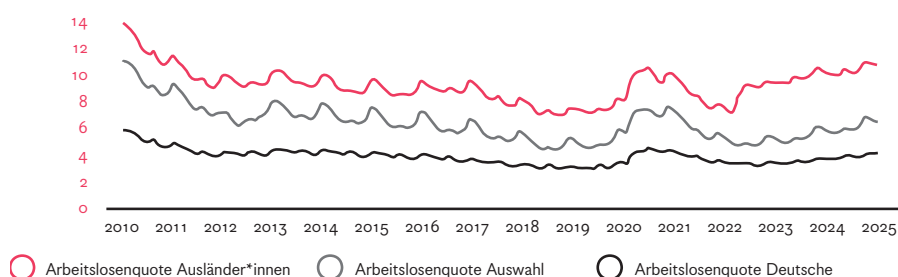
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SvB)



Entwicklung der Arbeitslosenquote: Deutsche und EU-Ausländer*innen⁹

07

Arbeitslosenquote mit eingeschränkter und periodengleicher Bezugsgröße



○ Arbeitslosenquote Ausländer*innen ○ Arbeitslosenquote Auswahl ○ Arbeitslosenquote Deutsche

Eingeschränkte Bezugsgröße = zivile Erwerbspersonen (also Arbeitslose und Erwerbstätige, ohne Soldat*innen; also Personen, die dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen)

Periodengleiche Bezugsgröße = Zahl der Erwerbspersonen stammt aus derselben Zeitperiode wie die Zahl der Arbeitslosen

In Baden-Württemberg stieg die **Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten** sowohl bei deutschen Staatsangehörigen als auch bei nicht-deutschen EU-Staatsangehörigen in den vergangenen Jahren gleichmäßig an, nähert sich nun jedoch einem **Plateau**.

Ein deutlicher Unterschied zwischen beiden Gruppen zeigt sich bei der Arbeitslosenquote: **Nicht-deutsche EU-Staatsangehörige sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als deutsche Staatsangehörige.**¹⁰ Dies weist darauf hin, dass **vorhandene Potenziale** für die Integration in den Arbeitsmarkt **bislang nicht vollständig genutzt** werden.

Wie Barrieren im Arbeitsmarkt entstehen: Sprache, Anerkennung, Vermittlung

¹¹ von Leesen, G.
(24. Mai 2023).

¹² Initiative Faire
Landarbeit (2022).

¹³ Statistisches
Landesamt Baden-
Württemberg
(07. Mai 2025).

¹⁴ Initiative Faire
Landarbeit (2022).

¹⁵ Antidiskriminierungs-
stelle des Bundes
(2018).

¹⁶ Brüssig, M.; Frings, D;
Kirsch, J (2017).

¹⁷ Loschert, F.; Kolb, H.;
Schork, F. (2023).

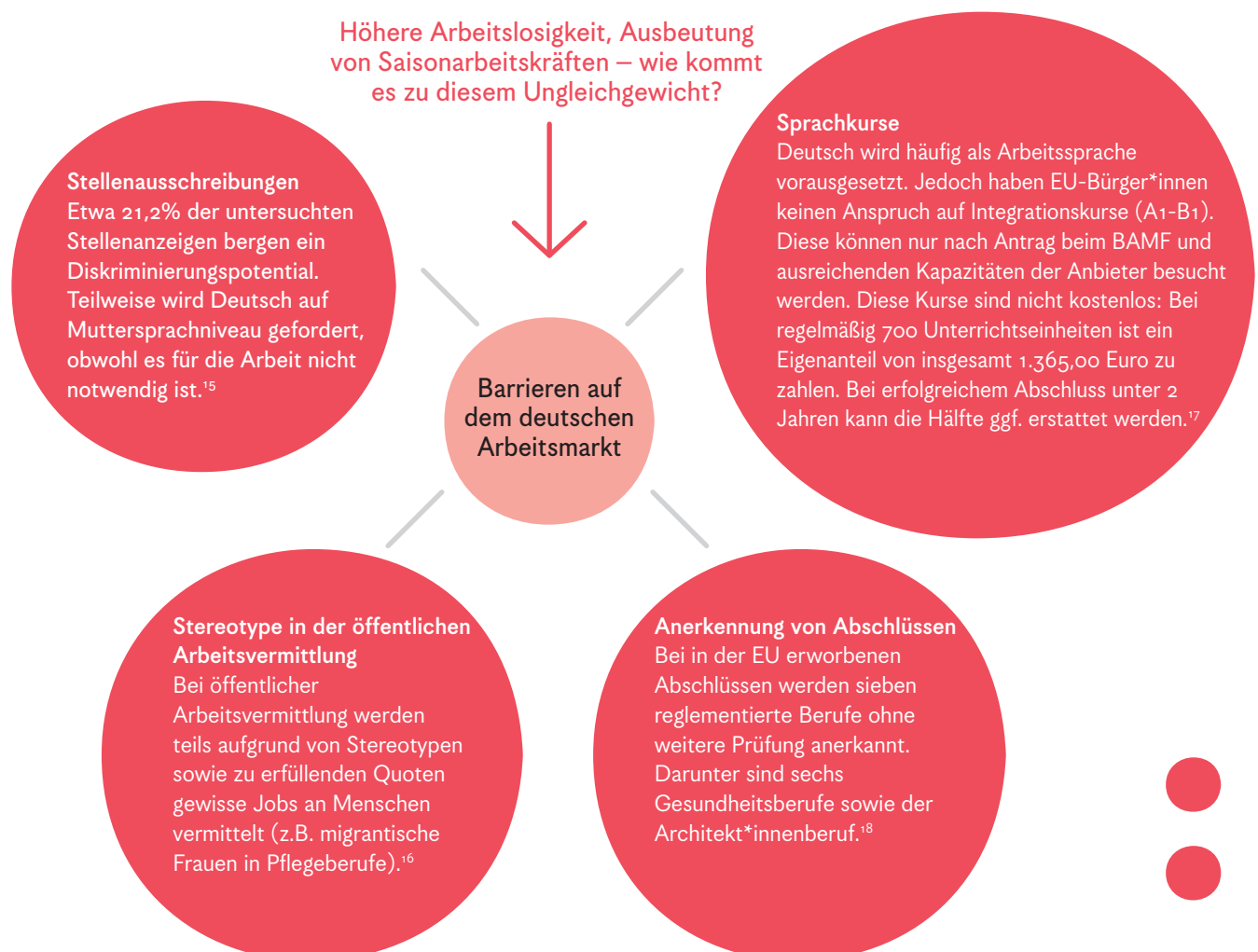
¹⁸ Beauftragte der
Bundesregierung für
Migration, Flüchtlinge
und Integration;
Gleichbehandlungs-
stelle EU-Arbeitnehmer
(2025).

Rechtlich sind EU-Bürger*innen deutschen Arbeitnehmer*innen gleichgestellt. Dabei wird übersehen, dass auch sie unterschiedlichen Barrieren auf dem Arbeitsmarkt begegnen, was sich z. B. in der zuvor genannten höheren Arbeitslosenquote äußern kann.

Ein Beispiel solcher Barrieren erleben im Südwesten Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft. Die Agrarbetriebe klären ihre Arbeitskräfte, die oft aus Osteuropa stammen, z. T. mangelhaft über ihre Rechte auf.¹¹ So berichteten z. B. 2022 Rumän*innen von massiven Arbeitsrechtsverletzungen in der Himbeer- und Gemüseernte.¹² Dies ist besonders relevant, da osteuropäische Staatsangehörige einen wesentlichen Teil der EU-Ausländer*innen in Baden-Württemberg ausmachen.¹³

Ausbeutung in der Saisonarbeit in Baden-Württemberg

2022 berichteten zwölf Saisonbeschäftigte aus Rumänien, die in der Himbeer- und Gemüseernte in Baden-Württemberg arbeiteten, von massiven Arbeitsrechtsverletzungen. Ihre Tätigkeit erfolgte unter schlechten Bedingungen, sie erhielten kaum Lohn und mussten Vermittlungsgebühren, Transport und Ausrüstung selbst bezahlen. Der Betrieb behielt ihre Ausweise ein, die Unterkunft war überbelegt, von Schimmel befallen und unhygienisch. Acht kehrten verschuldet nach Rumänien zurück, vier setzen sich mit Unterstützung der Beratungsstelle Initiative Faire Landarbeit des DGB weiter für ihre Rechte ein.¹⁴



Grenzpendler*innen nach und aus Baden-Württemberg: Arbeitsmarkt unter Spannung

Grenzpendler*innen sind Arbeitnehmer*innen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die **nicht in Deutschland wohnen und für ihren Weg zur Arbeit eine nationale Grenze überqueren**. Die vorliegenden Daten ermöglichen es nicht, zwischen verschiedenen Pendelrhythmen zu unterscheiden – also ob täglich, wöchentlich, monatlich usw.¹⁹

Die Situation der Grenzpendler*innen zeigt auf, **wo Barrieren bestehen** – besonders **im Vergleich zu deutschen Arbeitnehmer*innen**.

Baden-Württemberg grenzt an die Nachbarländer **Frankreich**, die **Schweiz** und **Österreich**.

¹⁹ Buch, T., Carstensen, J., Hamann, S., Otto, A., Seibert, H., Siegl, G. (2020).

²⁰ ebd.

²¹ ebd.

²² Amann, V. (03. März 2024).

²³ Statistik Austria (2025).

Einpendler*innen aus Frankreich stellen mit 77% die mit Abstand **größte Gruppe** der Grenzpendler*innen nach Baden-Württemberg und sind damit besonders wichtig für den Arbeitsmarkt im Land. Die nächstgrößten Gruppen aus Polen (8%) und Belgien (4%) sind deutlich kleiner.

Verglichen mit deutschen Beschäftigten arbeiten **französische Grenzgänger*innen etwas öfter als Fachkräfte**. **Polnische Grenzpendler*innen** sind dagegen **öfter in Helfer*innentätigkeiten** beschäftigt. Der **Anteil an Fachkräften** ist im Vergleich zwischen Deutschland und Polen gleich. Auffällig ist der **geringe Anteil polnischer Spezialist*innen und Expert*innen**.²⁰

Die Daten erlauben keine Aussage, ob Qualifikationen vorhanden, aber nicht anerkannt sind.

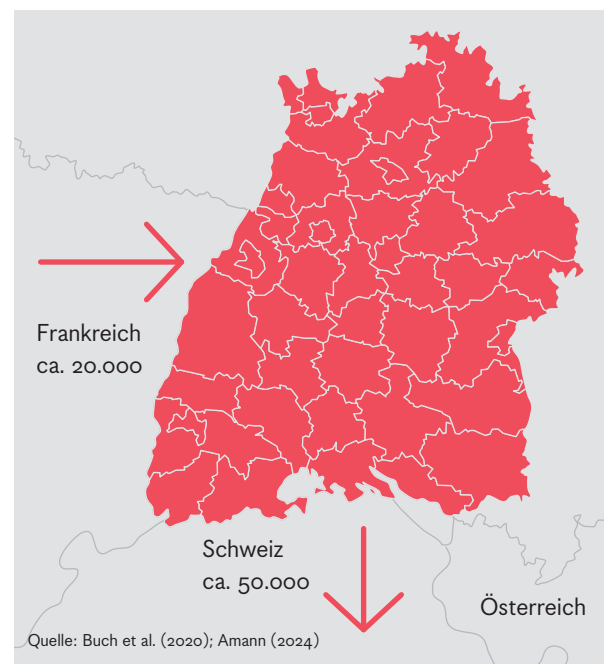
Für ganz Deutschland lässt sich feststellen, dass Grenzgänger*innen aus Osteuropa und Frankreich oft für Zeitarbeitsfirmen arbeiten.²¹ Zu Baden-Württemberg liegen keine spezifischen Angaben vor. **Es gilt kritisch zu hinterfragen, dass EU-Bürger*innen häufiger in diese prekären Arbeitsverhältnisse gelangen.**

Ca. 50.000 Personen pendeln jeden Tag für die Arbeit aus Deutschland in die Schweiz, die meisten davon aus Baden-Württemberg. Insbesondere in Bereichen wie der Medizin, in denen es an Fachkräften mangelt, wirkt sich das besonders negativ auf den Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg aus. Gründe der Auspendler*innen sind **bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne**.²²

2023 pendelten aus Österreich ca. 38.000 Personen nach Deutschland²³, für Baden-Württemberg liegen keine Angaben vor.

o8

Grenzpendler*innenbewegungen nach und aus Baden-Württemberg



Auch zu Auspendler*innen nach Österreich oder Frankreich liegen keine Daten vor.

Polnische Grenzpendler*innen arbeiten häufiger in Helfer*innentätigkeiten und seltener als Expert*innen und Spezialist*innen. Es stellt sich die Frage, warum **ihre Kompetenzen auf dem deutschen Arbeitsmarkt seltener eingesetzt werden**. Die **häufige Beschäftigung von EU-Bürger*innen in Zeitarbeitsfirmen** deutet auf strukturelle Barrieren hin. Eine gezielte Förderung kann dazu beitragen, **vorhandene Potenziale besser zu nutzen und gleiche Chancen auf qualifikationsgerechte Beschäftigung zu schaffen**.

Zwischen Verdichtung und Leerraum: Wohnen in Baden-Württemberg

24 Amann, V. (2024).

25 Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (2025).

26 Aydar, Z.; Schammann, H. (2025).

27 Kluge, U., Hertner, L., Schödwel, S. (2023).

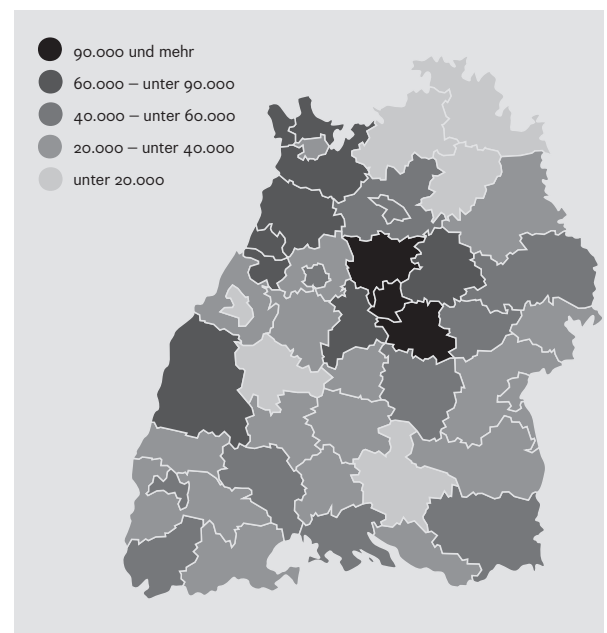
In ländlichen Kreisen ist der Anteil allgemeiner, nicht EU-spezifischer ausländischer Bevölkerung relativ gering. Demgegenüber sind die Ausländer*innenzahlen **vor allem in wirtschaftlich stark geprägten Verdichtungsräumen** höher. Den höchsten Anteil an ausländischen Einwohner*innen verzeichnen 2024 die Stadtkreise **Pforzheim, Heilbronn** und Mannheim, wobei Pforzheim an der Spitze liegt.²⁴ Zudem ist der **Wohnraum auch in ländlichen Regionen knapp und teuer**, was ein Hindernis für das Ankommen in Baden-Württemberg darstellt.²⁶

Wenn Sprache zum Engpass wird: Einwanderung und Gesundheit

2023 publizierte ein Team der Charité Berlin einen Bericht zu Einwanderung (allgemein, nicht EU-spezifisch) und Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg. Die Autor*innen stellten darin fest, dass das ohnehin überlastete Gesundheitssystem die zeitintensivere **Beratung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte nur schwer leisten könne**. Zudem sind z. T. die **Kenntnisse des deutschen Gesundheitssystems bei den Personen mit Einwanderungsgeschichte mangelhaft**, sodass bspw. die Notaufnahme anstelle der Praxis für Allgemeinmedizin aufgesucht werde und so ein Mehraufwand entstehe. Insbesondere das **Thema Sprache** wird als **Problem Bereich** hervorgehoben: Es sprangen Mitarbeiter*innen ein, die die jeweilige Sprache beherrschen, oder es würden Apps zur Verständigung genutzt. Die Teilnehmer*innen der Befragung formulieren u. a. folgende Ideen zur **besseren Weiterentwicklung**: **bessere Übersetzungsmöglichkeiten, ein besseres Informationsangebot zum Gesundheitssystem, eine fachliche Weiterentwicklung der ehrenamtlichen Gesundheitslots*innen sowie eine einfachere Anerkennung ausländischer Abschlüsse**.²⁷

09

Verteilung von Ausländer*innen allgemein in BW, 2024²⁵



Die Analyse macht deutlich, dass das Thema EU-Migration in Baden-Württemberg politisch unterschätzt wird und dass die Lebens- und Arbeitsbedingungen von EU-Einwanderer*innen in Baden-Württemberg verbessert werden müssen. Gleichstellung mit deutschen Arbeitskräften, bessere Arbeitsbedingungen, bezahlbarer Wohnraum und ein niedrigschwelliger Zugang zur Gesundheitsversorgung sind entscheidend. Gleichzeitig stellen genau diese Bereiche für EU-Bürger*innen aufgrund der aufgezeigten Barrieren Problemfelder dar.

Die Situation osteuropäischer und südosteuropäischer Staatsangehöriger ist bei der Diskussion dieses Themas besonders relevant, da sie einen wesentlichen Teil der EU-Ausländer*innen in Baden-Württemberg ausmachen und zugleich überdurchschnittlich häufig von Barrieren auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind.

Es braucht eine bessere Datenerhebung zu EU-Einwanderung auf Landesebene sowie gezielte Beratungs- und Informationsangebote für EU-Einwanderer*innen, um ihre Situation fundiert verbessern zu können. Auch eine engere Kooperation mit den Nachbarländern Frankreich, Schweiz und Österreich könnte relevante Daten zu Wanderungsströmen und -gründen liefern.

Literatur und Quellen

- Amann, V. (03. März 2024). Fachkräfte fehlen in Südbaden – doch viele Arbeitnehmer zieht es in die Schweiz. SWR-Aktuell. <https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/suedbaden/grenzgaenger-schweiz-100.html> (Abgerufen am 10. Januar 2026.)
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2018). Diskriminierung in Stellenanzeigen. Studie zur Auswertung von Stellenanzeigen im Hinblick auf Diskriminierung, Ausschlussmechanismen und positive Maßnahmen.
- Aydar, Z.; Schammann, H. (2025). „Aber wo sind wir denn hier?“ Wohnen und Unterbringung. In: Integrationsarbeit in ländlichen Räumen. Praxis und Potenziale am Beispiel Baden-Württembergs. S. 269–273. Nomos. <https://doi.org/10.5771/9783748952978>
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration; Gleichbehandlungsstelle EU-Arbeitnehmer (2025). Integration und Sprache: Zugang zu Integrationskursen für EU-Bürger.
- Buch, T.; Carstensen, J.; Hamann, S.; Otto, A.; Seibert, H.; Siegl, G. (2020). Grenzpendler aus dem Ausland. Immer mehr Beschäftigte in Deutschland mit ausländischem Wohnort. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. <https://doku.iab.de/kurzber/2020/kbo920.pdf>
- Brüssig, Martin; Frings, Dorothee; Kirsch, Johannes (2017). Diskriminierungsrisiken in der öffentlichen Arbeitsvermittlung. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes.
- Bundesagentur für Arbeit Statistik (Juni 2025). Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen). https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=1523064&topic_f=beschaeftigung-eu-heft-eu-heft
- Bundesagentur für Arbeit Statistik (November 2025). Migrationsmonitor – Deutschland und Länder (Monatszahlen). https://statistik.arbeitsagentur.de/SiteGlobals/Forms/Suche/Einzelheftsuche_Formular.html?nn=25122&topic_f=migrationsmonitor
- Initiative Faire Landarbeit (2022). Saisonarbeit in der Landwirtschaft: Bericht 2022. https://www.faire-mobilitaet.de/dgb-fm-fileadmin/dateien/Dokumente/Landwirtschaft/Fachinformationen/Saisonbericht_2022.pdf
- Kluge, U.; Hertner, L.; Schödwel, S. (2023). Abschlussbericht Migration und Gesundheitsversorgung Baden-Württemberg (MiG BaWü). https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-sm/intern/downloads/Publikationen/Abschlussbericht_MiGBaW%C3%BC_final_Korrektur.pdf
- Loschert, F.; Kolb, H.; Schork, F. (2023). Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe. Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor. Hg. v. Sachverständigenrat für Integration und Migration. Berlin, S.23.
- Statistik Austria (2025). Erwerbsspendler:innen ab 2011. <https://www.statistik.at/statistiken/arbeitsmarkt/erwerbsstaetigkeit/arbeitsort-und-pendeln>
- Statistisches Bundesamt (Destatis) (19. Mai 2025). Mikrozensus – Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte: Erstergebnisse 2024 [Statistischer Bericht]. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/statistischer-bericht-einwanderungsgeschichte-erst-5122126247005.html>
- Statistisches Bundesamt (Destatis), Bundesagentur für Arbeit (BA), Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) (k. A.). Ausländer/innen aus EU-Staaten. Anteil der ausländischen Bevölkerung in %. Stichtag 31.12.2024. https://service.destatis.de/DE/karten/migration_integration_regionen.html#AZR_ANT_EU27_AUSL
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (07. Mai 2025). 2,05 Millionen Ausländerinnen und Ausländer leben in Baden-Württemberg. <https://www.statistik-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/205-millionen-auslaenderinnen-und-auslaender-leben-in-baden-wuerttemberg/> (Abgerufen am 15. Dezember 2025.)
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (22. Juli 2025). Baden-Württemberg: Zuwanderung im Jahr 2024 deutlich niedriger als in den Vorjahren. <https://www.statistik-bw.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/baden-wuerttemberg-zuwanderung-im-jahr-2024-deutlich-niedriger-als-in-den-vorjahren/>
- von Leesen, G. (24. Mai 2023). Ohne sie läuft nichts: Rumänische Erntehelfer:innen in Oberschwaben. KONTEXT:Wochenzeitung. <https://www.kontextwochenzeitung.de/wirtschaft/634/ohne-sie-laeuft-nichts-8886.html> (Abgerufen am 15. Dezember 2025.)
- Weber, J. (2025): Freizügigkeitsmonitoring: Migration von nicht-deutschen Unionsbürgerinnen nach Deutschland*. Jahresbericht 2024. Berichtsreihen zu Migration und Integration, Reihe 2.5 Bundesagentur für Arbeit Statistik (Juni 2025). Beschäftigte nach Staatsangehörigkeiten (Quartalszahlen). https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/BerichtsreihenMigrationIntegration/Freizuegigkeitsmonitoring/freizuegigkeitsmonitoring-jahresbericht-2024.pdf?__blob=publicationFile&v=14

Über den Polnischen Sozialrat e.V.

Der Polnische Sozialrat e.V. (PSR) ist eine bundesweit tätige migrantische Selbstorganisation. Der Verein bringt insbesondere die Perspektiven von EU-Bürger*innen in politische, fachliche und öffentliche Debatten ein. Ein Schwerpunkt der Arbeit liegt auf **Chancengerechtigkeit**, **Arbeitsmarktintegration** sowie der **Sichtbarmachung von Diskriminierungserfahrungen**, unter anderem im Kontext von EU-Migration, Grenzpendelmigration und Antislawismus.

Zum Projekt: Kooperationsverbund für Vielfalt und Zusammenhalt

Diese Broschüre entstand im Rahmen des **Kooperationsverbunds für Vielfalt und Zusammenhalt – Chancengerechtigkeit in der pluralen Gesellschaft**. Ziel des Verbunds ist es, migrantische Perspektiven systematisch in **Regelstrukturen**, fachpolitische Debatten und gesellschaftliche Aushandlungsprozesse einzubringen.

Der Kooperationsverbund bündelt die Expertise bundesweit tätiger migrantischer Organisationen, fördert **Wissenstransfer**, **Vernetzung** und **Qualitätsentwicklung** und stärkt demokratische Teilhabe sowie Chancengerechtigkeit in einer vielfältigen Gesellschaft.

Herausgeber: Polnischer Sozialrat e.V.
Autorin: Jennifer Mazur
Fachliche Leitung & konzeptionelle Begleitung: Dr. Kamila Schöll-Mazurek
Grafikdesign: Joanna Kurowska
2. Auflage, 2026



Hinweis

Die in dieser Broschüre dargestellten Inhalte geben die fachliche Einschätzung des Herausgebers wieder und spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Fördermittelgeber wider.

Kontakt
Polnischer Sozialrat e.V.
Oranienstraße 34
10999 Berlin
www.polskarada.de

Gefördert vom

im Rahmen des Bundesprogramms



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend

Demokratie **leben!**

Für inhaltliche Aussagen und Meinungsäußerungen tragen die Publizierenden dieser Veröffentlichung die Verantwortung.

Partizipations- und Integrationsprogramm	Die Beauftragte des Senats für Partizipation, Integration und Migration	Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung	BERLIN	
--	---	--	---------------	--



KOOPERATIONSVERBUND FÜR
VIELFALT & ZUSAMMENHALT

**Robert Bosch
Stiftung**